

Sächsische Volkszeitung

erschient täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage.
Wochenpreis: 1 Mk. 50 Pf. (ohne Postgeb.).
Abonnement: 12 Hefen 12 Mk. 50 Pf. (Postgeb. 10 Pf.).
Verantwortl. Redakteur: Dr. h. c. h. v. ...

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Interesse machen die Gehalt. Beiträge oder deren Raum mit
15 Pf. berechnet, bei Wiederholung bedeutender Inhalt.
Anzeigenpreis, wie gewöhnlich, und Geschäftsstelle: Dresden,
Bismarckstraße 48. — Fernruf-Nr. 1006.

Die italienische Ministerkrise.

Rom, 9. Februar 1906.

Unseres Reichskanzlers „Freund Fortis“ hat das politische Meisterstück geleistet, daß er zwei Kabinette hintereinander bilden konnte, aber sein zweites Werk ist bereits in Trümmer gegangen; kaum hatte er es künstlich aufgebaut und in die Deputiertenkammer gebracht, als es auch schon zusammenstürzte. Nicht einmal sein politisches Programm konnte es entwickeln. Das zweite Kabinett Fortis ist beurteilt worden, ohne daß man es angehört hat. Nur Rudini hat vor Jahren einmal ein ähnliches Schicksal erlebt. Man muß sich deshalb erkundigen, woher es kommt, daß ein solcher Zusammenbruch sich vollziehen konnte!

Die erste Ursache ist, daß eine Anzahl von Abgeordneten Lust hatte nach den Ministerstühlen und noch mehr nach den Ministergehalt und so kamen die eigenartigsten Bündnisse zu Stande. Die Führer monarchischer Oppositionsgruppen schlossen ein Bündnis mit den Führern der republikanischen und sozialistischen Partei, um die Glieder des Kabinetts Fortis zu verdrängen und sich an ihre Stelle zu bringen. Auf diese Weise genos man das Schauspiel, die Führer der konservativen Rechten, Rudini, Luzzatti und Prinetti, das Haupt des Zentrums Sonnino, der stets auf das Festhalten der Umsturzpartei befohlen wurde, sich aus ungesägtem Ehrgeiz nicht nur mit Lacara, Gallo und Coco-Ortu von der Linken vereinigen zu sehen, sondern auch mit den Radikalen, den Republikanern und den Sozialisten. Man konnte unmöglich seine Heiterkeit bezwingen, wenn man Sonnino Arm in Arm mit Ferri sah. Aber auch das Bündnis aller dieser Gruppen würde nicht genügt haben, das Ministerium zu stürzen, wenn nicht ein guter Teil der ministeriellen Mehrheit das Feld geräumt hätte. Die Gründe dieser Defektion sind geringfügig und für Deutschland, wo das parlamentarische Regime wenig Geltung hat, einfach unverständlich. In Italien und auch in anderen lateinischen Ländern braucht die Regierung, um ihr Leben zu fristen, das Votum der Mehrheit. Viele Abgeordnete wiederum brauchen Vergünstigungen von der Regierung, um sich in ihrem Wahlkreis einen festen Boden zu sichern. Die Regierung ist in diesen Ländern fast allmächtig, denn nichts geschieht ohne ihre Genehmigung. Die kleinsten Funktionen der öffentlichen Verwaltungen in den Provinzen werden von der Zentralregierung aus reguliert. Die Regierung in Rom übt den größten Einfluß aus auf alle Gemeinden und Provinzialräte, auf alle frommen Stiftungen, auf alle Schulen und Erziehungsanstalten, kurzum auf alles. Auch in den entferntesten Winkel Italiens kann man ohne die Genehmigung der Zentralregierung nichts unternehmen. Daher kommt die Notwendigkeit, daß sich die Bürger wegen jeder Kleinigkeit nach Rom wenden müssen, und da das schnellste und sicherste Mittel, etwas zu erlangen, ist, sich der Empfehlung eines Abgeordneten zu bedienen, so sind die fleißigsten, geduldigsten und am meisten von der Regierung begünstigten diejenigen, welche die Forderungen der Bevölkerung und der einzelnen Wähler am besten befriedigen. Auch der einzelne Wähler, sage ich, denn da gibt es hier einen Beamten, der seine Verehrung wünscht, dort einen Kandidaten für eine öffentliche Karriere, einen armen Bedürftigen, der um Unterstützung bittet, oder einen Verurteilten, der die Gnade des Herrschers erfleht, kurz, alle wenden sich durch die Deputierten an die Minister, und die Deputierten verlieren täglich mehrere Stunden durch das Schreiben von Empfehlungsbriefen und mit Besuchen, die sie den Ministern in diesen Angelegenheiten machen müssen. Natürlich ist der Abgeordnete, der die meisten Vergünstigungen erhält, in seinem Wahlkreis der Stärkste.

Mit dieser Macht und Kraft hat aber Fortis nicht gerechnet. Er glaubte an den Sieg der Idee, nicht an den des Geldbeutels, er bedachte nicht, daß kleine Geschenke die Freundschaft erhöhen. Fortis, welcher die höchste Meinung von den Anhängern der Regierung hat, führte die Zügel, vom höchsten Kriterium befeht, ohne auf die Wünsche der Deputierten Rücksicht zu nehmen. Er herrschte, wie in Deutschland die Minister, gerade als ob die Minister in Italien ohne die Stütze der Abgeordneten leben könnten. Er glaubte, daß die Deputierten die Regierung einzig wegen ihres politischen Programms stützen sollten, und ging gar so weit, die Briefe und Telegramme der Abgeordneten nicht zu beantworten. Nun stelle man sich den Effekt dieses für Italien ganz neuen Regierungssystems vor. Die in ihren Wünschen unbefriedigten Wähler rebellierten gegen die Deputierten, die wiederum ihrerseits genötigt waren, gegen die Regierung Fortis Front zu machen. Es gibt viele Abgeordnete, die nur darum gegen das Kabinett Fortis votierten, weil dieser nicht einmal auf ihre Briefe und Telegramme, in denen sie den Wünschen ihrer Wähler Ausdruck verliehen, geantwortet hatte. War somit schon eine hohe Temperatur in der Deputiertenkammer vorhanden, so kam noch hinzu, daß zwei neue Minister besonders viel Gegner hatten. Den Hauptanstoß nahm man an dem angeblich „kerikalischen“ Grafen Malvezzi, der das Landwirtschaftsministerium führte. Graf Nerio Malvezzi hatte allerdings 1891 ein Buch geschrieben, in dem er der Meinung Ausdruck verliehen hatte, daß das Garantiegesez der Genehmigung der fremden Mächte unterbreitet werden solle, um die Unabhängigkeit des Papstes in der Ausübung seiner geistigen

Herrschaft festzustellen. Es genügte die Ausgrabung dieses Teiles eines alten, fast gänzlich unbekanntes Buches, um dem neuen Minister die lebhaftesten Beschuldigungen des „Kerikalismus“ zuzuziehen. Zuerst lachte er über solche Anklagen, dann gewährte er einem Redakteur der „Tribuna“ ein Interview, um so Gelegenheit zu haben, die Anschuldigungen energisch zurückzuweisen. Aber seine Verteidigung niigte ihm nichts. Die antiklerikalen Parteien lehnten sich aus Ueberzeugung, die Oppositionsparteien aus Bequemlichkeit der Polemik gegen das Kabinett Fortis auf, um beschuldigten es, sich mit „kerikalischen Vech beschmutzt“ zu haben. Die Anklage erscheint sehr seltsam, wenn man bedenkt, daß von den elf Ministern mehrere, unter ihnen der Konseilspräsident, hohe Würden unter den Freimaurern bekleiden, die, wie jeder weiß, in Italien ausgesprochen antiklerikal sind. Aber dieses Schlagwort genügte, um dem Kabinett neue Gegner zu schaffen. Man führte noch besonders ins Feld, daß gerade jetzt der Vatikan eine freundlichere Haltung zur Regierung annehme, da sei der neue Landwirtschaftsminister nur der verkappte Gehilfe desselben. Namentlich die Sozialisten und Radikalen schlochten dies sehr aus. Man sieht aber daraus auch, welcher Geist in Italien und seiner Volksvertretung herrscht.

Der zweite Unglücksminister war der Eisenbahnminister Ledesca, der früher als Abgeordneter die Eisenbahnpolitik von Fortis sehr scharf bekämpft hatte, jetzt aber doch dieses Ministerium angenommen hatte. Nun brachte der neue Minister einen ansehnlichen kleinen Gesetzentwurf ein, der ihm aber viele Feinde zuzog; er trat dem Mißbrauch der vielen Freibillette auf der Eisenbahn entgegen. Dadurch zog sich Ledesca den Haß aller derer zu, die gewohnt sind, gratis zu reisen. Und da auch hier die Fahrkarten oft den Wählern oder den einflussreichen Freunden der Abgeordneten gewährt werden, litten diese letzteren besonders unter der Unzufriedenheit, die durch diese Maßregel heraufbeschworen war, da ihnen durch sie die Möglichkeit benommen war, die Ansprüche gewisser Wähler zu befriedigen. Diese Ansprüche waren dringend, da in Italien der Tarif der Eisenbahnen beträchtlich höher ist als in anderen Ländern Europas. So kleinliche Ursachen haben in letzter Linie den Sturz herbeigeführt.

Nun stand die Neubildung des Kabinetts bevor; der König wandte sich an die stärkste Gruppe der neuen Mehrheit, an den Führer des Zentrums Sonnino. Die alte radikale Regierungsmehrheit versagt zwar unter sich über die meisten Stimmen; aber Giolitti, der Führer derselben, wollte die Regierung nicht übernehmen. So kam Sonnino an die Reihe und drei Tage lang arbeitete Sonnino fieberhaft daran, ein Kabinett aus den heterogensten Elementen zu bilden. Da seine Freunde wenig zahlreich sind, war er gezwungen, nicht nur bei den Konservativen, sondern auch bei den Dissidenten der Linken und bei der äußersten Linken vorzusprechen. Er brauchte notwendig auch die Hilfe der äußersten Linken, denn ohne den positiven Beistand der Radikalen und das Wohlwollen der Republikaner und Sozialisten war es dem Haupt des Zentrums unmöglich, ein lebensfähiges Kabinett zu schaffen. Aber es ist höchst komisch, in ein und demselben Kabinett Sonnino, Luzzatti, Gallo und Vaci zu sehen! Daß ein solches Ministerium sich auch nicht lange halten kann, dürfte feststehen und so wird Italien in kürzester Frist wieder ein neues Ministerium haben, sobald sich das jetzige die Taschen ein wenig gefüllt hat. In Italien bleibt kein Minister arm; so etwas kommt nur in Deutschland vor und das sei unser stärkster Ruhm für immerdar.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin, 40. Sitzung am 10. Februar 1906.

Der Reichstag beriet heute die Interpellation über das Rechnungslad auf der Borussia. Staatssekretär Graf Posadowski lehnte wiederum die Besprechung ab, die aber dennoch stattfand. Der sozialdemokratische Abg. Böhmelsburg schilderte den Unglücksfall und forderte deshalb verstärkten Arbeiterschutz. Der Zentrumsabgeordnete Giesberts wies besonders auf die mangelhaften Schutvorrichtungen hin und hielt Heranziehung der Arbeiter zu Kontrollleuren für absolut erforderlich. Die Abgg. Lenzmann und Anterski stimmten ihm im wesentlichen bei, während der Abg. Veumer (Nat.) sich gegen die Schuttkontrollleure aussprach. Abg. Erzberger (Zt.) wies nach, daß eine Reihe von gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen, die bei diesem Unglück verletzt worden sind, durch die Gewerbeordnung geregelt werden und somit der Reichstag für die Besprechung zuständig sei, weshalb es doppelt bedauert werden muß, daß die Regierung hier nicht Rede und Antwort stehen wolle. Damit schloß die Besprechung der Interpellation.

Politische Rundschau.

Dresden, den 12. Februar 1906.

Der Kaiser wird in der zweiten Märzhälfte die gewohnte Südländreise unternehmen.
Der Kaiser wird sich am Donnerstag, den 15. d. M. mittags mittels Sonderzuges nach Kiel begeben und gegen 10 Uhr abends an Bord des Linien Schiffes „Preußen“ nach Kopenhagen abfahren. Als Begleitschiffe dienen der kleine Kreuzer „Ariadne“ und zwei Torpedoboote. Ueber die Ankunft in Kopenhagen, sowie über die Rückkehr nach Kiel sind noch keine Bestimmungen getroffen.

Kaiser Wilhelm verlieh nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Tokio dem General Rodzu den Orden pour le mérite, um ihm seine Anerkennung für die Aufnahme des Prinzen Karl Anton von Hohenzollern bei der Mandchurienarmee auszudrücken.

Der Großherzog von Baden hat sich von seiner schweren Erkrankung, die ihn mehrere Wochen an das Bett fesselte, völlig erholt und seine körperliche und geistige Rüstigkeit, die von allen, die im letzten Jahre mit dem 79 jährigen greisen Fürsten zu verkehren Gelegenheit hatten, bewundert wurde, wieder erlangt.

König Eduard entsendet den Prinzen und die Prinzessin Christian von Schleswig zu seiner Vertretung bei der silbernen Hochzeit des Deutschen Kaiserpaars, sowie bei der Vermählung des Prinzen Eitel Friedrich nach Berlin.

Am Sonntag mittag fand auf Befehl des Kaisers die feierliche Investitur des Reichskanzlers Fürsten von Bülow mit dem spanischen hohen Orden vom Goldenen Vlies im Berliner Schlosse statt.

Der Bundesrat hat beschlossen, ein neues statistisches Warenverzeichnis, ein neues Verzeichnis der Messengüter und neue Ausführungsbestimmungen und Dienstvorschriften zu dem Geset, betreffend die Statistik des Warenverkehrs mit dem Auslande, mit dem 1. März 1906 in Kraft zu setzen.

Der Gesetzentwurf über das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie ist vergangene Woche in der dafür berufenen Kommission des Reichstages zu einem wesentlichen Teile durchberaten worden. § 15, der die ausschließliche Befugnis, ein Werk zu vervielfältigen, gewerbmäßig zu betreiben und gewerbmäßig mittels mechanisch-optischer Einrichtungen fortzuführen, dem Urheber vorbehält, wurde unverändert angenommen. § 4 der Regierungsvorlage dagegen besagt: „Wer ein Werk der bildenden Künste oder der Photographie durch ein Werk der bildenden Künste oder der Photographie nachbildet, gilt für das von ihm vollbrachte Werk als Urheber.“ Nach längerer Debatte zu § 18.1 wurde ein Änderungsantrag angenommen, der diese unentgeltliche Herstellung zulassen will für den Fall, daß sie „für den persönlichen Gebrauch“ bestimmt ist. Zulässig ist nach der Vorlage die Vervielfältigung von Kunstwerken an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen durch malende oder durch zeichnende Kunst oder durch Photographie. Dazu wurde beschlossen, daß, wer ein Werk in dieser Weise vervielfältigt, den Namen des Urhebers anzugeben hat, sofern dieser an den Werken angebracht ist. Eine eingehende Diskussion fand der Abänderungsparagraf 22, betreffend das Recht am eigenen Bilde, der im wesentlichen wie folgt lautet: „Bildnisse dürfen nur mit Einwilligung des Abgebildeten verbreitet oder öffentlich zur Schau gestellt werden. Nach dem Tode des Abgebildeten bedarf es bis zum Ablaufe von zehn Jahren der Einwilligung der Angehörigen des Abgebildeten. Bildnisse aus dem Bereiche der Zeitgeschichte, sowie Bilder, deren Zweck nicht in der Darstellung einzelner Personen besteht, insbesondere Abbildungen von Landschaften, von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorfällen, dürfen ohne die nach Absatz 1 erforderliche Einwilligung verbreitet und zur Schau gestellt werden.“ Die Mehrheit der Kommission sprach sich für das Hauptprinzip des Gesetzes aus, die Bildnisse nur mit Einwilligung des Abgebildeten verbreitet und ausgestellt werden sollen. Ueber die Gestaltung der Ausnahmen besteht jedoch noch die größte Meinungsverschiedenheit, die heute noch nicht ausgeglichen werden konnte.

Ein eigenartiger Gesetzentwurf ist soeben dem Reichstage zugegangen; er betrifft die „Aenderung und Auslegung des Schuttruppengesetzes“. Einen Gesetzentwurf über die „Auslegung“ eines bestehenden Gesetzes hat der Reichstag wohl noch nie gehabt; eine solche Parität kann nur die Kolonialabteilung bieten! Wenn über den Text eines Gesetzes Zweifel bestehen, so ändert man eben den Text eines Gesetzes, aber daß ein Gesetz den Kommentar zu einem anderen Gesetz bieten soll, ist neu. Noch auffällender ist, daß dieser Gesetzentwurf jetzt eingebracht wird, wo infolge der neuen Militärdivisionsgesetze das Schuttruppengesetz überhaupt in diesem Teile aufgehoben wird. Das Gesetz ist aber fernur der Vorläufer für die Kolonialarmee, indem es gestattet will, daß auch Gemeine in den Kolonien dienen sollen und können. Es ist ganz selbstverständlich, daß es abgelehnt werden wird. Aber man sieht, wie oberflächlich die Gesetze in der Kolonialabteilung ausgearbeitet werden.

Die preussische Ansiedelungskommission hat im November 1905 allein 15 größere Güter in Posen und Westpreußen angekauft. Es liegen im laufenden Jahre zur Besiedelung aus: 43 große Güter und 7 große Grundstücke mit einer Gesamtfläche von rund 20 900 Hektar. Insgesamt befinden sich auf diesen Gütern: 2300 Ansiedlerstellen in der Größe von 10 bis 70 und 80 Morgen (rund 37 000 Hektar). Die Kleinbäuerlichen Stellen sind gegen 3 v. S. Rente (drei Freijahre) oder zum Teil auch gegen Pachtzins zu übernehmen.

In der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses wurde am Sonnabend der Etat der Eisenbahnverwaltung beraten. Die Betriebslänge der Eisenbahnen beträgt 35 022 Kilometer Voll- und 246 Kilometer Schmalspurbahnen. Der Ueberschuß ist auf 683 834 700 Mark um 49 147 000 Mark gegen 1905 gestiegen. Nach Abzug der

Vergütung der Eisenbahnstaatschuld von 98 601 000 Mark verbleibt ein verfügbarer Gewinn von 565 165 000 Mark. Gegenstand der Erörterung bildeten der Wagenmangel, die Tarifreform, die Betriebsgemeinschaft usw. In bezug auf letztere erklärte Minister von Budde, daß darüber vielfach falsche Ansichten vorhanden seien. Es sollten alle Reparaturen gemeinsam geleistet und am Jahresschlusse verteilt werden. In dieser Verteilung hat die Schwierigkeit der Einigung gelegen. Die Ersparnisse aus der Betriebsmittelgemeinschaft würden im ganzen nur 10 1/2 Millionen Mark betragen. In finanzieller Beziehung spiele die Sache also keine Rolle, während es allerdings wünschenswert sei, zu einer Einigung zu kommen.

Bei den badischen Landtagswahlen in Bruchsa und Bonndorf-Waldshut wurden die Kandidaten des Zentrums Wiedemann und Wittenmann gewählt.

Zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika ist, wie das „N. Y.“ meldet, ein Handelsvertrag nicht zustande gekommen. Statt dessen soll zunächst ein Protokoll abgeschlossen werden. Die amerikanische Regierung wird gewisse Verbesserungen in der Zollbehandlung zugesichert. Deutschland gewährt den Vereinigten Staaten den vollen deutschen Konventionaltarif lediglich gegen die seitherigen amerikanischen Zollsätze in Sektion III des Dingley Tarifs. Das Protokoll soll sich auf ein Jahr erstrecken. — Es bleibt abzuwarten, was der Reichstag zu einem auf dieser Basis abzuschließenden Protokoll sagen wird.

Zur Auswanderung protestantischer Pfarrer aus der bayerischen Pfalz erzählt man, daß die Zahl der bereits während der letzten Jahre ausgewanderten pfälzischen Geistlichen ganz bedeutend ist. Die Gesamtzahl verteilt sich folgendermaßen: Nach Hessen 5, nach Baden 4, nach Preußen (als Religionslehrer) 5, ins Ausland 2. — 20 weitere Geistliche haben inwieweit wegen ebendieser Uebernahme in den heftigen Kirchendienst Aufträgen an das dortige Oberkonsistorium gerichtet. Leben denen wohl bereits vorgemerkt. An dem Erzbischof soll die finanzielle Notlage der bayerischen protestantischen Pfarrer schuld sein. K. K.

Der Vergarbeitsdelegiertenrat für Preußen tagte am Sonntag in Essen a. d. Ruhr. An demselben nahmen 157 Delegierte teil, von denen 56 dem christlichen Gewerksverein, 74 dem freien Verband, 17 dem polnischen Verband, 7 dem Ditsch-Dankischen Verein und 1 dem Verein zur gegenseitigen Hilfe angehörten. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt Stellungnahme zum Knappschafftsgesetzentwurf. Nach einem längeren Referat wurde eine Resolution angenommen, die in 21 Punkten Forderungen an dem Knappschafftsgesetzentwurf bezieht. Am Montag wird über die Forderung eines Reichs-Vergarbeitsrates beraten und Stellung zur Lohnfrage genommen werden.

Der Abzug von Niantau. Wir hatten in der Commissionsammer unseres Rathes einen Auszug aus der „Frankf. Ma.“ veröffentlicht, worin unsere Kolonien als für Deutschland vollständig wertlos hingestellt und das Aufgeben derselben gefordert wird. Es wurde damit bestritten, was der Zentrumsabgeordnete Erzberger in vorigen Herbst behauptet hatte. In diesen Ausführungen erhalten wir heute von der Dresdner Import- und Exportfirma Decker nach Niantau folgende Mitteilung: „Niantau. Zu Niantau der „Frankf. Ma.“ entnommenen Berichte über obigen Platz erlauben wir Ihnen mitzutheilen, daß Strohhölzer mit Seide, der Hauptexportartikel Chinas, seit einiger Zeit nur in Niantau in allen Sorten und genügenden Quantitäten zu haben sind. Eine Straw-braid-Firma nach der anderen, die bisher das Geschäft über Schanghai, Chefoo oder Tientsin betrieben hat, zieht sich nach diesem Plage oder ober kommt aus dem Geschäft. In den Plätzen mit Ausnahme Niantaus ist momentan nicht ein Ballen gangbarer Mattel-Ware zu haben, weil alles über Niantau verschifft wird. Wir begreifen nicht, warum Sie als Dresdner Zeitung gerade an einem Plage, der für Strohhölzer der bedeutendste des Continents ist, einen derartigen Artikel zum Abdruck bringen. Der einseitige Kenntnis desselben bezieht sich auch die Zukunft Niantaus nicht unterschätzen und zu würdigen wissen, daß es dem deutschen Kaufmann gelungen ist, den Engländern wieder einen Artikel im Weltmarkt abzurufen. Ueber die Einfuhr nach Niantau aus Deutschland wollen wir uns vorläufig ein Urteil nicht erlauben, hoffen aber, Ihnen auch darüber noch einiges sagen zu können, sowie uns unsere Freunde an diesem Plage darüber berichten.“ — Wir sind für diese Zeilen sehr dankbar. Es ist daraus ersichtlich, daß durch Niantau ein Exportartikel dem englischen Handel entzunden ist. Um den Wert dieses ersten und wichtigsten zu bemessen, müßten wir mit den genauen Einfuhrmengen bekannt gemacht werden, damit wir in der Lage sind, ihn zu Gunsten Niantaus in die Waagschale legen zu können. Es wäre weiter wichtig, zu wissen, ob und um wie viel die Fleischware über Niantau billiger zu haben kommt, als über die englische Linie. Aber die nationale Industrie hat erst dann an der deutschen Beschäftigung ein größeres Interesse, wenn sie das Tor zum Export deutscher Waren nach Asien bildet. Die Ausfuhr müßte in absehbarer Zeit die Hoffnung rege werden lassen, endlich die für die Kolonie jährlich ausgegebene Summe zu kompensieren.

Die badischen Genossen als Gesinnung müssen sich sehr viel Etwas gefallen lassen. Die Sache hat nun auch in der badischen Abgeordnetenkammer eine Rolle gespielt. Am Montag begründete der Zentrumsführer Fehrenbach in der zweiten badischen Kammer die Abgabe weißer Zettel durch seine Parteigenossen bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten, des Genossen Ged. Das Zentrum, erklärte er, bestreite nicht, daß die Sozialdemokratie als dritthöchste Fraktion einen Anspruch auf die zweite Vizepräsidentenstelle habe. Unter den bestehenden Umständen müsse aber das Zentrum eine Mitwirkung bei der Wahl des Sozialdemokraten ablehnen. Er habe vom sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann erfahren, daß die Sozialdemokratie sich weigere, zu Hofe zu gehen. Der Verkehr zwischen den Mitgliedern der Kammer und dem großherzoglichen Hofe habe sich aber durch langjährigen Usus zu einer parlamentarischen Gewohnheit herausgebildet, die, wenn auch nicht gesetzlich vorgeschrieben, doch offizieller Art sei. Es sei nun aber nicht

die Absicht der sozialdemokratischen Kammerfraktion, die verfassungsmäßig bezug in der Geschäftsordnung des Parlaments vorgegebene Unterhandlung zwischen Volksvertretung und Krone mitzumachen. Der Abgeordnete Ged präzisirte demgegenüber die Auffassung der sozialdemokratischen Kammerfraktion dahin: Als bekannt wurde, daß bei der Präsidentenwahl das Zentrum im Plenum die Anträge an die Sozialdemokratie richten wolle, wie sie sich die Stellung ihres Vizepräsidenten zum Verkehr mit dem Hofe denke, ist von uns beschlossen worden, zu erklären, daß ein solches Examen nicht zu den Gepflogenheiten der Zweiten Kammer gehört und diese Schulmeisteri deshalb zurückgewiesen werden müsse. Eine außerhalb des Plenums durch den Führer der Sozialdemokraten in die Fraktion gerichtete Anfrage wurde aber dahin beantwortet: „Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer lehnt es rundweg ab, höfliche Zeremonien mitzumachen. Bezüglich des verfassungsmäßigen Verkehrs zwischen der Volksvertretung und dem großherzoglichen Hofe muß es der Sozialdemokratie überlassen bleiben, wie sie sich beim eintretenden Falle damit abfindet.“ Rosa Luxemburg lächelt nun etwas milder und will die Sache hingehen lassen.

Franz Ged, die Gattin des sozialdemokratischen Vizepräsidenten der badischen Kammer, hat bekanntlich unlängst eine Unterredung mit der Großherzogin von Baden gehabt. Abg. Ged erzählte dies in seiner Kammerrede nach dem stenographischen Wortlaut wie folgt: „Nun, wenn ich aus meinem Herzen keine Würdegrube machen will, so darf ich Ihnen nicht verschweigen, daß es sogar im badischen Lande vorgekommen ist, daß die Frau Großherzogin sich in ganz höflicher, takvoller Weise mit der Frau des jetzigen Fraktionschefs der sozialdemokratischen Partei unterhalten hat, und daß die Einladung so gewesen ist, daß die Frau Großherzogin meine Frau extra aufgesucht hat, um einmal ein sozialdemokratisches Weib kennen zu lernen und mit ihr zu konfessieren. Diese Konfession, die ungefähr eine halbe Stunde währte, ist, wie die Frau Großherzogin sich ausgedrückt hat, zu ihrer vollsten Zufriedenheit ausgefallen.“ Man wird die Vorgänge in Baden immer aufrichtiger verfolgen müssen. Während bisher nur von einer „Königl. bayerischen Sozialdemokratie“ sprach, dürfte man also in Zukunft weit mehr von einer „großherzoglich-badischen Sozialdemokratie“ reden!

Oesterreich-Ungarn. Ein ungarisches Regierungskommuniqué richtet unter Hinweis darauf, daß laut Redaktionen die Koalition in Zukunft durch noch heftigere, maßlose Agitation die staatliche Ordnung aufzuwühlen beabsichtige, an das Publikum die Aufforderung, die loyale Ruhe und das Pflichtbewußtsein, die es bisher bewiesen habe, zu bewahren und sich nicht zum Werkzeug und Opfer systematischer Aufwiegungen herzugeben. Dies sei sowohl im Interesse des Landes als auch der Organisatoren der Agitation wünschenswert, welche die Wucht der Verantwortung und die gezielte Abwendung für den Umsturz der öffentlichen Zustände in erster Reihe treffen würde. — In der Konferenz der Verfassungspartei erstattete Graf Julius Andrássy über das Scheitern der Friedensverhandlungen zwischen der Krone und der Koalition Bericht und erklärte, der Nation ständen jetzt zwei Wege offen, entweder ihren Standpunkt aufzugeben oder den Kampf aufzunehmen; er wählte blutenden Herzens den Kampf.

Italien. Der Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn ist am 11. d. Mts. unterzeichnet worden. In demselben heißt es u. a., daß Streitigkeiten einem Schiedsgericht unterbreitet werden sollen und daß die Vertragschließenden sich verpflichten, durch ein besonderes Abkommen die Stellung der Arbeiter, namentlich hinsichtlich der Versicherung derselben auf der Grundlage gerechter Gegenleistung zu regeln.

Frankreich. Kardinal Perraud, Bischof von Lutetia, ist am Sonnabend, 81 Jahre alt, gestorben. Er bekleidete die Kardinalwürde seit 1893.

Mehrere Finanzbeamte haben ihre Entlassung erbeten, weil die ihnen übertragene Inventuraufnahme in den Kirchen ihrer religiösen Ueberzeugung widerstreite.

Spanien. Die Marokkofonferenz. Die Polizeifrage hat die ersten dunklen Wolken am Horizont aufsteigen lassen. Die vertrauliche Haltung der Delegierten in der Polizeifrage hat alsbald zur Heranbildung des Gegenjahres geführt, daß Deutschland an einer internationalen Regelung festhält, Frankreich aber auch außerhalb der algerischen Grenzbezirke Einrichtungen wünscht, die ihm ein Uebergewicht für die Ausübung von Polizeibefugnissen in ganz Marokko auch in dem Falle sichern würden, daß es, um den Anschein eines faktischen Protektorates zu vermeiden, in einigen Bezirken die Wahrnehmung ähnlicher Befugnisse durch Spanien dulden will. Hierzu schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Nach der bisherigen Haltung der deutschen Delegierten ist anzunehmen, daß sie seinem Vorhaben zustimmen werden, der die Tür zur Annäherung der Gesamtliste Marokkos öffnen und damit die Absichten auf Einverleibung Marokkos in französisch-Afrika legalisieren würde, die zum Einspruch Deutschlands und zur Zusammenberufung der Konferenz Anlaß gegeben haben. Der Eindruck der vorhandenen Schwierigkeiten auf die Öffentlichkeit ist durch unmittebarerweise gereizte Erörterungen verhärtet worden, die in den letzten Tagen in der französischen Presse erschienen sind. Erörterungen, die jedenfalls dazu ansetzen sind, die Verständigung, an der in Algerias gearbeitet wird, zu fördern. Es bedarf keiner näheren Darlegung, daß eine Lösung der wichtigsten Probleme, mit denen die Konferenz sich zu befassen hat, nicht durch Prekopolitiken bewirkt werden kann, daß diese Aufgabe vielmehr den Vertretern der Mächte in Algerias überlassen werden muß. Im übrigen hat die Wuffstaktik, wenn sie dem Zwecke dienen sollte, in Deutschland Eindruck zu machen, auch dieses Ziel völlig verfehlt, da sie innerhalb der Reichsgrenzen nirgends größere Beachtung gefunden hat. Der offizielle Pariser „Temps“ bemerkt zu dem deutschen Standpunkt: Frankreich ist noch wie vor der Anschauung, erstens, daß die Polizeifrage die einzige ist, wo sein besonderes Recht praktisch betätigt werden kann, zweitens, daß

eine internationale Polizei, abgesehen davon, daß sie dies Recht verformen würde, eine Drohung für Algerien wäre.

Rußland. Bombenanschläge, Attentate, Massenverhaftungen — immer noch das alte Bild. Gegen eine in einer Vorstadt von Petersburg gelegene Wirtshaus wurde eine Bombe geworfen, wodurch das Haus zerstört sowie 2 Personen getötet und 17 verletzt wurden. Nach der Explosion wurden mehrere Schüsse gegen das Haus abgegeben; Polizei und Truppen umstellten den Ort. — In Kutais sind viele Wäden zertrümmert und 15 eingekerkert worden. Unter der Bevölkerung herrscht Panik.

Nach der „Königlichen Zeitung“ sollen allgemeine Bauernunruhen zu erwarten sein, die eine ernste Gefahr für das russische Reich und den nationalen Wohlstand bringen werden. Der Wohlstand der Bauern treibe die stumpfen Volksmassen mit elementarem Gewalt zur Empörung gegen den grundbesitzenden Adel und die Beamtenklasse. Die irreführenden Volkslebensweisen ließen sich alsdann durch Gewalt kaum unterdrücken. Außerdem besäße in liberalen konstitutionellen Kreisen die Verfassung, daß die auf der Willkür beruhende Reaktion die Verfassungen der Randgebirge vom 30. Oktober nicht erfüllen und dadurch einen erneuten Anstoß zur Revolution den breiten Volksschichten geben werde. Dabei stehe Rußland gegenwärtig derart enormen Ausgaben gegenüber, daß die Regierung ohne erneute auswärtige Anleihen nicht auskommen werde.

Ueber den Anschlag auf den Admiral Tschufain, werden folgende Einzelheiten gemeldet: Von den vier abgegebenen Schüssen waren drei Streifschüsse, einer drang in die Magenregion ein, man hofft, daß der Admiral mit dem Leben davon kommen wird, er verfiel nach wie vor seinen Dienst. Die Uebelthäterin gab sich als Tochter des Admirals Tschefec aus und wurde als solche empfangen, sie kam aus Moskau und hatte einen auf den Namen Krupniky lautenden Pater.

China. Ueber die Zurückziehung der internationalen Detachements in Tschili erzählt die „Ztg. Rundsch.“, daß die in neuester Zeit vorgekommenen Unruhen unter den beteiligten Mächten den einmüthigen Beschluß gezeitigt haben, in Tientsin ein kleines Detachement bis auf weiteres zurückzulassen.

Venezuela. Das Neuerliche Bureau berichtet aus Willemstad unter dem 9. d. M.: Nachrichten aus Venezuela lassen erkennen, daß die Lage dort unübersehbar ist. Eine strenge Zensur wird aufrecht erhalten. Die Haltung des ersten Vizepräsidenten, Gomez, dem nachgesagt wird, daß er für den Fall einer Wiederrückung von Seiten Frankreichs mit revolutionären Plänen umgehe, verursacht einige Unruhe. Auch von dem zweiten Vizepräsidenten, Belutini, behauptet man, daß er ein geheimes Abkommen mit Frankreich getroffen habe, nach der Präsidentschaft strebe und Castro im Stich lassen werde. Die Gesamtstärke der Armee beträgt 8000 Mann. An Waffen sind vorhanden 50 000 Mannergewehre, 20 Millionen Patronen, 80 kleinere Geschütze alter Konstruktion. Ferner sind zehn Geschütze neuer Konstruktion in den Häfen aufgestellt. Castro brüsst sich, er wolle die Monroedoktrin auf die Probe stellen. Nach zuverlässigen Berichten aus Venezuela kann sich Frankreich oder irgend eine andere Macht auf die Unterwerfung fast der ganzen Bevölkerung im Falle eines Kampfes verlassen. Die Ankunft des französischen Geschwaders wird mit Spannung erwartet. Castro fährt fort, fremdenfeindliche Maßregeln zu treffen. Neuerdings ist der Journalist van Restern ausgewiesen worden.

Sächsischer Landtag. Dresden, 12. Februar 1906. Zweite Kammer. Abg. Dr. Vogel berichtete in der heutigen Sitzung namens der Finanzdeputation A über Kap. 17, Landeslotterie, und Kapitel 18, Lotteriedarlehnslasse. Bei ersterem werden die Einnahmen mit 45 660 000 Mk. und die Ausgaben mit 41 403 967 Mk., darunter 15 467 Mk. fällig wegfallend, bei letzterem die Einnahmen mit 600 000 Mk. und die Ausgaben mit 23 128 Mk. beantragt. Der Deputationsantrag wird einstimmig angenommen. — Abg. Müller berichtet namens der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition des Oberregisseurs a. D. Maximilian Sonnenhals in Dresden die erstellte beabsichtigte Genehmigung zur Veranstaltung von öffentlichen dramatischen Schüleraufführungen betreffend. Die Petition geht dahin, daß es ihm gestattet sei: 1. gegebenen Falles in ein und demselben Woche zwei Aufführungen zu veranstalten und 2., wenn dringend erforderlich, zur Ermöglichung der Aufführung eines Schülers auch ein oder die andere Person außer seinen Schülern auf seiner Schaubühne auftreten zu lassen. Die Deputation beantragt, diese Petition der Königl. Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen, was einstimmig angenommen wird. — Abg. Trautmann berichtet namens der Beschwerde- und Petitions-Deputation über die Petition des Sächsischen Photographenbundes (e. V.) um Befreiung der Anwendbarkeit des § 4 Absatz 1 des Gesetzes, die Sonn-, Fest- und Bußtagsfeier betreffend, vom 10. September 1870, auf selbständige Photographen und Regelung der Sonn- und Festtagsthe der selbständigen Photographen nach dem Vorbild der im Königreich Preußen geltenden Bestimmungen. Die Deputation beantragt, die Petition der Königl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Beschluß einstimmig.

Aus Stadt und Land. Dresden, den 12. Februar 1906. Tageskalender für den 13. Februar, 1906. + Alphonse Challepot, 6 Jahre, des nach ihm benannten Gewehrs. — 1904. Untergang des russischen Minenschiffes „Genissel“ vor Port Arthur. — 1897. + Reichsritterwürger zu Wien, berühmter Schauspieler. — 1883. + Richard Wagner zu Venedig, bedeutender Opernkomponist. — 1820. Erwerbung des Herzogs von Ferry zu Paris. — 1706. Sieg Karls XII. über den sächsl. Feldmarschall Graf Schalenburg bei Frankfurt. — 1680. + Karl X., König von Schweden. — 1671. + Demetrius Cellini zu Florenz, hervorragender italienischer Bildhauer. — 1542. + Katarina Howard, Gemahlin Heinrich VIII. von England, enthauptet.

Wetterprogn. Tägliche Inklus. Witterung: zunehmende Erwärmung: Südwest-Luft. — Se. Majestät mittag dem Gottesdienste und ertheilt mittags im Nachmittags fuhr er n über die Helmbühne nach Sinder mittels Wagen waren. Der König na zur Post den Kaffee ein Dresden zurück, wo bei Johann Georg Familie. — Heute vorm den Staatsminister v. Haufen und den A und nahm militärische. — Um 6 Uhr n a r ö h e r e T a s e l s t a t Einladungen beehrt wo. — Abends findet Witwe eine Soiree st geladen sind. — Der neue sächs tritt sein Amt am 1. M Räume des Hauses Zee seinem Tode 1891 der hatte. Seitdem sind zwecken und als Bureau worden. Auch das E dort seine Sitzungsräum Zimmern von Reichs wir Hofes, das er jetzt stell Minister von Seydewitz scheiden aus dem Minist. — Die „Zittar schon vor einigen Tage gehaltenen W a h l r e d geordneten, die in vert rechtsreform vorbereiten finden sich nahezu alle gemeinen, gleichen, geb tagswahlrecht bis zu und Verfassungssysteme empfehlen sogar öffent Strafanordnung, Natio gleicher Wahlen mit ein und Klassenwahlen, wo mann-Tobeln, bis zu empfehlen das Reichs Landtagwahlrecht. Pe des konfessionellen Abge men Desonominertes O Wahl und das gleiche V das 30. Lebensjahr e berechtigt sein diejenig bis 30 Jahren, die entt berechnen Grundbesitz I drei Jahren ansässig f steuer jährlich zu entric Vorbildung aufweisen keit dieser Vorklässe L eripriechliche Wahlrecht wenn die Regierung d. — Dritte D stellung Dresden e werkliche Einzelerzeug Dresden Architekten d einer Einleitigung de Denn es sollen hier nu die wirklich den Anfor dieser Abteilung ausst sei es auch die beste, soll den, sondern Einzelerge beschäftigten Handwerker lung Kunsthandwerklic das moderne Gegenstü die in der Handhabe a dieser soll ohne Unterich nenden Beispielen geet Stoffes die künstlerisch hieraus innere Gesche geschichtlicher Zeile nicht überstellung dieser W neuer Zeit darf man X Das Stem Metallwaren. Auktall Welner Söhne und Küchengeräte in M Gebestete aus Alarcaf Gegenstände sind mit e lediglich die Namen de Wegen die genannte Pi gegen § 9 Absatz 1 de gerichtlich eingeschritten auf eine Geldstrafe un zeichen das Publikum i selt werde, Silberware Widauer Urteil einged der Begriff überhöht sei. Das Oberlandes Vermerkung der Revis zur Tragung sämtlic richtshof führt aus, e ständen möglich. Ob bezweckt und erreicht u des Falles nicht in Pet. — Ein Einbru in der neunten Stunde Röhne, Güterbahnhofft man vermutet, daß es entnahm denselben e Schmutzgegenstände. Petroleum und gindet

—* Wetterprognose des Königl. Sachs. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 18. Februar: Witterung: zunehmende Bewölkung. Temperatur: normal. Windrichtung: Südwest. Luftdruck: tief.

—* Se. Majestät der König wohnte gestern vormittag dem Gottesdienste in der katholischen Hofkirche bei und erteilte mittags im Residenzschloß mehrere Audienzen. Nachmittags fuhr er mit seinen beiden ältesten Söhnen über die Heidemühle nach Langebrück, wohin die jüngeren Kinder mittels Wagens direkt aus Dresden gekommen waren. Der König nahm mit seiner Familie im Hotel zur Post den Kaffe ein, kehrte mit dem Zuge 4,13 nach Dresden zurück, wo bei Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Johann Georg Familientafel stattfand.

—* Heute vorm. empfing Se. Majestät der König den Staatsminister, General der Infanterie, Freiherrn v. Hausen und den Königl. Kabinettssekretär zu Vorträgen und nahm militärische Meldungen entgegen.

—* Um 6 Uhr nachmittags findet bei Sr. Majestät größere Tafel statt, zu welcher mehrere Herren mit Einladungen beehrt worden sind.

—* Abends findet bei Ihrer Majestät der Königin-Witwe eine Soiree statt, zu der mehrere Herren eingeladen sind.

—* Der neue sächsische Minister Graf Söbenthal tritt sein Amt am 1. Mai an. Er wird die Repräsentationsräume des Hauses Seestraße 18 bewohnen, welche bis zu seinem Tode 1891 der Kriegsminister von Fabrice innehatte. Seitdem sind sie nur zu Staatsrepräsentationszwecken und als Büroräume der Ministerien verwendet worden. Auch das Evangelische Landeskonfistorium hat dort seine Sitzungsräume. Der bisherige Minister des Innern von Reich wird das Ministerium des königlichen Hauses, das er jetzt stellvertretungsweise für den erkrankten Minister von Seydewitz verwaltet, auch nach seinem Ausscheiden aus dem Ministerium des Innern beibehalten.

—* Die „Zittauer Morgenztg.“ veröffentlicht die schon vor einigen Tagen kurz angedeuteten, bisher geheim gehaltenen Wahlrechtsvorschlüge derjenigen Abgeordneten, die in vertraulichen Besprechungen die Wahlrechtsreform vorbereiten wollten. Unter diesen Vorschlägen finden sich nahezu alle denkbaren Kombinationen vom allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten und 1868 er Landtagswahlrecht bis zu den verwickeltesten Klassen-, Rural- und Berufswahlssystemen. Einige konservative Abgeordnete empfehlen sogar öffentliche Wahl und Wahlzwang unter Strafandrohung. Nationalliberale neigen zur Einführung gleicher Wahlen mit einem hohen Zensus, zu Ruralsystemen und Klassenwahlen, wobei einer, Abgeordneter Dr. Rühmann-Döbeln, bis zu fünf Klassen geht, die Freisinnigen empfehlen das Reichstagswahlrecht oder das vormalige Landtagswahlrecht. Besonders interessant ist der Vorschlag des konservativen Abgeordneten Rittergutsbesizers Geheimen Oeconomierrates Hänel-Suppritz. Er verlangt direkte Wahl und das gleiche Wahlrecht für alle Staatsbürger, die das 30. Lebensjahr erreicht haben. Ferner sollen wahlberechtigt sein diejenigen Staatsbürger im Alter von 25 bis 30 Jahren, die entweder a. mit bewohnbaren Gebäuden vererbenden Grundbesitz haben und mit diesem seit mindestens drei Jahren anständig sind oder b. 10 Mark direkte Staatssteuer jährlich zu entrichten haben oder c. eine entsprechende Vorbildung aufweisen können. Die große Mannigfaltigkeit dieser Vorschläge beweist wieder von neuem, daß eine erzieherische Wahlrechtsreform nur dann zu erwarten ist, wenn die Regierung die Initiative ergreift.

—* Dritte Deutsche Kunstgewerbeausstellung Dresden 1906. Die Abteilung Kunsthandwerkliche Einzelerzeugnisse, die unter der Leitung des Dresdner Architekten Max Hans Kühne steht, wird sich zu einer Eliteabteilung der gesamten Ausstellung ausgestalten. Denn es sollen hier nur solche Gegenstände gezeigt werden, die wirklich den Anforderungen entsprechen, die der Name dieser Abteilung auspricht. Also nicht Fabrikware, und sei es auch die beste, soll in dieser Abteilung vorgeführt werden, sondern Einzelerzeugnisse, welche die Hand des wirklich befähigten Handwerkers charakteristisch zeigen. Die Abteilung Kunsthandwerkliche Einzelerzeugnisse wird demnach das moderne Gegenstück zu der Abteilung Techniken sein, die in der Hauptache alte Werke enthalten wird. Denn in dieser soll ohne Unterschied der Zeiten und Völker an bezeichnenden Beispielen gezeigt werden, wie aus dem Wesen des Stoffes die künstlerische Bearbeitung sich entwickelt hat und hieraus innere Gesetze entstehen, die ebenfalls dem Wechsel geschichtlicher Stile nicht unterworfen sind. Auf die Gegenüberstellung dieser Muster- und Meisterstücke alter und neuer Zeit darf man mit Recht gespannt sein.

—* Das Stempeln von silberähnlichen Metallwaren. Die Sächsische Metallwarenfabrik August Wellner Söhne zu Kue bei Zwickau fabriziert Haus- und Küchengeräte in Metall und bringt als Spezialität auch Geschäfte aus Alpacasilber auf den Markt. Die einzelnen Gegenstände sind mit einem stempelähnlichen Eindruck, der lediglich die Namen der Firmeninhaber aufweist, versehen. Gegen die genannte Firma wurde deshalb wegen Vergehens gegen § 9 Absatz 1 des Reichsgesetzes vom 16. Juni 1884 gerichtliche eingeschritten. Das Landgericht Zwickau erkannte auf eine Geldstrafe und führte aus, daß durch das Stempelzeichen das Publikum irregeführt und in den Glauben verführt werde, Silberwaren vor sich zu sehen. Die gegen das Zwickauer Urteil eingeleitete Revision machte geltend, daß der Begriff silberähnliche Waren mißverstanden worden sei. Das Oberlandesgericht Dresden erkannte jedoch auf Verwerfung der Revision unter Verurteilung der Firma zur Tragung sämtlicher Kosten des Verfahrens. Der Gerichtshof führt aus, eine Täuschung sei unter allen Umständen möglich. Ob sie von den Herstellern der Waren begewußt und erreicht worden sei, käme bei der Beurteilung des Falles nicht in Betracht.

—* Ein Einbruchdiebstahl wurde gestern abend in der neunten Stunde in der Wohnung des Restaurateurs Kühns, Güterbahnhofstraße 5. L. verübt. Der Einbrecher, man vermutet, daß es nur einer war, erbrach die Schränke, entnahm denselben ein Sparfassenbuch und verschiedene Schmuckgegenstände. Sodann bezog er die Betten mit Petroleum und gändete sie an. Die Bewohner des gegen-

überliegenden Hauses alarmierte die Feuerwehre, die denn auch nach halbstündiger Hilfeleistung des Brandes Herr wurde. Der Verdacht hat sich auf einen jungen Mann gelenkt, der seit einigen Tagen aus dem Hause seiner Eltern entwichen ist.

—* Chemnitz den 12. Februar. Die Reichstagsersatzwahl findet morgen Dienstag, den 13. d. M., statt. Drei Kandidaten stehen sich gegenüber: Kommerzienrat Hermsdorf-Chemnitz, für den das alte Kartell in dankenswerter Einigkeit eintritt, und zwar haben sich auch die Reformen und die Mittelstandsparteiler mit den Konservativen und Nationalliberalen zur Unterstützung dieser Kandidatur zusammengefunden. Die Freisinnigen, die sich noch immer nicht zu der Höhe dieser Anschauung haben aufschwingen können, schiden den Vorkredner des Landtages, Herrn Günther, ins Gesicht, und die Sozialdemokraten haben den Redakteur Roske präsentiert. Bei der letzten Wahl 1903 fielen auf den Sozialdemokraten Schippel 34 266 Stimmen, während der Nationalliberale Langhammer 13 084 und der Freisinnige Kellnerbauer 3703 Stimmen erhielt. Seitdem hat sich die sozialdemokratische Position entschieden verschlechtert. Die Vorgänge, die Schippel zwangen, das Mandat niederzulegen, haben dazu beigetragen. Auch haben die offensichtliche Verbrüderung der deutschen Sozialdemokratie mit den russischen Revolutionären und die Demonstrationen gegen manchen die Augen geöffnet, der früher aus Unkenntnis der wahren Ziele der Sozialdemokratie als unzufriedener Willkürer einen roten Fettel abgegeben hat. Außerordentliche Anstrengungen der nationalgesinnten Parteien wird es bedürfen, um Erfolg zu erlangen. Es ist zu erwarten, daß die katholischen Wähler Mann für Mann ihre Pflicht tun und gemäß der ausgegebenen Parole für den konservativen Kandidaten Kommerzienrat Hermsdorf ihre Stimme abgeben.

—* Leipzig. Der Prozeß gegen die „Leipziger Volkszeitung“ ist nach den Plaidoyers des Staatsanwalts Köhne und der beiden Verteidiger des angeklagten Redakteurs Heinig, Hübler und Dr. Drüder, am Montag vormittag 9 Uhr verlag worden. Der Staatsanwalt beantragte, den Angeklagten zu verurteilen 1) wegen öffentlicher Verleumdung der Zweiten sächsischen Ständekammer; 2) wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Aus der Anklageerzählung des Staatsanwaltes sei zunächst folgende treffliche Kritik der sozialdemokratischen Federhelden hervorgehoben, die sich hoffentlich Franz Mebring, Rosa Luxemburg und alle die anderen Schreiberrevolutionäre hübsch zu Gemüte ziehen werden: „Aber man kann sagen, die politischen Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ sind keine Freunde der Verantwortlichkeit, sonst würden sie hierher kommen und gesagt haben: Ja, wir haben es geschrieben, wir finden nichts darin und tragen die Verantwortung! Allein die politischen Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ lieben nicht die Verantwortung. Möglicherweise ist ihnen ihre Persönlichkeit zu lieb und sie halten die Vorhülle für den besseren Teil der Tapferkeit. Sie haben sich nicht gezeigt, wohl aber haben sie nach dem Erscheinen der Anklage in Ausdrücken wie „Kraut und Rüben“, „böhmische Wälder“, „Komil“ usw. geschrieben.“ — Bezüglich der Strafzumessung führte der Staatsanwalt aus: „Der Schwerpunkt liegt in der Strafzumessung. Hierbei kommt die Person des Angeklagten in Betracht. Er hat zwar die Artikel nicht selbst geschrieben, aber er war auch kein blindes Werkzeug; er ist ein intelligenter, bewährter, alter „Genosse“ und kein Sireddakteur. Die Verleumdung ist verübt mit einer beispiellosen Dreistigkeit, ist gerichtet gegen eine Volkvertretung, gegen eine Versammlung angesehener bewährter, von ihren Kreisen gewählter Männer, die nur den einen Fehler haben, daß sie anderer politischer Ansicht sind als die „Leipziger Volkszeitung“. Sie sind durch unglaublich rohe Verleumdung verunglimpft worden. Es ist eine alte Klage, daß Verleumdungen zu gelinde bestraft werden. Sie werden hoch greifen müssen, wenn Sie den Angegriffenen eine gebührende Sühne geben wollen! — Die Aufregung hätte unabwehrbare Folgen für die Beschädigten wie für die verführten Beschlusen haben können. Der Hauptverleumdungsgrund liegt darin, daß diese Aufregungen sehr nahe grenzen an Aufforderung zum Hochverrat. Ich erwarte deshalb und beantrage eine schwere Gefängnisstrafe, denn nur eine solche vermag zu bewirken, daß der „Leipziger Volkszeitung“ ihr Geh- und Schimpfhandwerk gelegt wird.“

—* Leipzig, 11. Februar. Die Leipziger Handelskammer hat in ihrer letzten Sitzung auch zu der neuen Reichsteuervorlage Stellung genommen und in einer Resolution ausgeprochen, daß sie die Notwendigkeit der Einführung neuer Steuern zur Aenderung des Reichshaushalts und zur Stärkung der deutschen Kriegsmarine anerkennt, auch den Grundgedanken billigt, daß alle Reichsbürger unter tunlichst gerechter Verteilung der Belastung hierzu beitragen. Die Handelskammer hält Bier und Tabak, einschließlich Zigaretten, für geeignete Steuerobjekte, doch soll dabei die Abwälzung der Steuer auf die Konsumenten ausgeschlossen sein und die Herbeiführung eines wesentlichen Rückganges im Bier- und Tabakverbrauch vermieden werden. Ferner soll nach Erledigung der jetzigen Vorlage eine weitere steuerliche Verrückung der vom Bier und Tabak abhängigen Geschäftszweige vermieden werden. Die Handelskammer billigt weiter die Erbschafts-, die Fahrarten- und die Kraftfahrzeugsteuer, ist aber ganz entschieden gegen die Steuer auf Frachturkunden und Luftungen. — Se. Majestät der König wird bei seinem diesjährigen Besuch in Leipzig vom 19. bis 22. Februar in der Universität folgende Vorlesungen hören: Bei dem Prorektor Geheimen Kirchenrat Professor Dr. Rietschel: Christliche Liebestätigkeit; beim Professor Dr. Paritz über Geographie von Amerika; beim Professor Dr. Sattler, über Augenheilkunde; beim Professor Dr. Trendelenburg über Chirurgie und beim Professor Dr. Mayer über Deutsches Verwaltungsrecht. Am 20. Februar wird der König das Konzert des Leipziger Männerchors in der Albertshalle besuchen und ferner mehrere hiesige industrielle Etablissements besichtigen.

—* Leipzig. An einem hiesigen größeren Bankarbeits hat ein Diebstahl in der Zeit von zwei Jahren 25 000 Mk. veruntrent. Er wurde am Donnerstag in Haft genommen.

—* Leipzig. Beim Abspringen von einem Straßenbahnwagen kam ein 71jähriger Handelsmann zu Falle und mußte infolge einer Verletzung am Hinterkopf ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

—* Zwickau, 10. Februar. 16 Knaben im Alter von 10 bis 14 Jahren bildeten hier eine Diebesbande. Ein noch nicht Zwölfjähriger war der Anführer. Sie übten bandenweise über 100 Diebstähle aus. Jetzt sind die strafmündigen Jungen in Untersuchungshaft gebracht worden, während die Jungen unter zwölf Jahren in eine Landesbesserungsanstalt gebracht werden.

—* Neustadt. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde eine Ratsvorlage angenommen, wonach künftighin Personen mit einem Einkommen bis zu 400 Mark zu den Gemeindefinanzleistungen nicht mehr herangezogen werden und die einfachen Steuerföge für die Klassen 3 bis 8, das ist ein Einkommen bis zu 1000 Mark, erheblich herabgesetzt worden sind. Diese Vergünstigungen kommen 70 Prozent der gesamten Steuerzahler zu gute.

—* Altenberg. Sein Amt niedergelegt hat aus zur Zeit noch unbekanntem Gründen Herr Bürgermeister Krause-Viehweg.

—* Adorf. Der Dieb, der dreimal in eine Scheune an der Freiburger Straße einbrach, indem er das Tor mit einer Art erbrach, wurde in der Person eines hiesigen Gelegenheitsarbeiters ermittelt.

—* Chemnitz, 9. Februar. Gestern abend stürzte beim Rangieren mehrere Lowrys aufeinander. Es wurde erheblicher Schaden dadurch angerichtet. Der mitfahrende Bremser wurde, ohne Schaden zu nehmen, an den nahen Bahndamm geschleudert.

—* Verga a. d. Elster. Hier starb eine Witwe, deren einziger Sohn Sozialdemokrat ist. Um seinen politischen Standpunkt aller Welt kundzugeben, ließ er den Sarg seiner Mutter feuerrot anstreichen. Da sich aber der Geistliche weigerte, vor einem solchen Sarge einherzuschreiten, erhielt dieser doch noch in aller Stille einen passenden Anstrich.

Vereinsnachrichten.

—* Dresden. Der katholische kaufmännische Verein Columbus veranstaltet am Dienstag, den 20. d. M., abends 8 Uhr, im Hotel Rufenhaus, Birnische Straße, sein zweites Winterfest (ein Sommertag am Meeresstrande). Es wird gebeten, in Ball- oder Sommerkleidung, aber nicht in Kostümen oder Trachten zu erscheinen.

—* Dresden. (Volkverein für das katholische Deutschland.) Die Mitglieder von Friedrichstadt und dem Zentrum versammeln sich Donnerstag, den 15. Februar in der Deutschen Bierhalle, Friedrichstraße Nr. 37. Vortrag Sr. Hochwürden Herrn Kaplan Seibler über ein zeitgemäßes Thema. Guter Besuch, auch mit Damen, erwünscht.

—* Naumburg. (Volkverein für das katholische Deutschland.) Mittwoch, den 11. Februar, abends 8 Uhr, Familienabend im Bürgergartensaal. Vortrag des Herrn Direktors Dr. Brügger, theatrale und gesungene Darbietungen usw. Alle Mitglieder und deren erwachsenen Angehörigen, sowie werde Gäste sind höflichst eingeladen.

Neues vom Tage.

—* Raubmörder Hennig ist auch bis Sonnabend abend nicht festgenommen worden. Gesehen wurde er am Sonnabend nachmittag an der Hohenlohebrücke von einem Arbeiter, der mit ihm früher in den Eiswerken zusammen gearbeitet hatte.

—* Köln. Meldungen aus Ruhrort zufolge nimmt trotz aller Maßregeln die dort grassierende Genickstarre einen weiteren Umfang an. Amtlich wurden 48 Erkrankungen und 22 Todesfälle gemeldet. Aus Druckhausen werden neun Fälle von Genickstarre-Erkrankungen gemeldet.

—* Monteleone, 11. Februar. Heute früh 3 Uhr 55 Minuten wurde hier ein heftiges Erdbeben verspürt, das vier Sekunden dauerte. Die erschrockene Bevölkerung hat die Häuser verlassen.

—* Palermo, 11. Februar. Heute abend brach hier in einer Mühle, die täglich 3000 Zentner Wehl liefert, Feuer aus, das durch den Wind bequältigt wurde. Das ganze Mühlengebäude, sowie die mit Getreide angefüllten Speicher wurden vernichtet. Der durch den Brand angerichtete Schaden wird auf drei Millionen Frank geschätzt.

Telegramme.

—* Paris, 12. Februar. Die „Agence Havas“ meldet aus Kala Marria: In der Nähe der Grenze kam es zwischen Marokkanern und marokkanischen Räubern zu einem Kampfe. Hierbei wurde ein Zollbeamter getötet und ein anderer verwundet. Die Räuber wurden in die Flucht geschlagen.

—* Sebastopol, 12. Februar. Das Befinden des Admirals Tschukin gibt Hoffnung auf seine Wiedergenehung, da die Angeln, die durch die Brust und die rechte Hüfte eingedrungen sind, keine edlen Teile verletzt haben. Von einer Operation, die möglicherweise nicht notwendig sein wird, ist vorläufig abgesehen worden.

Theater und Musik.

—* Zu der Affäre Wahr in München schreiben die hiesigen „Neuesten Nachrichten“ in ihrer letzten Nummer: „Der Münchener Hoftheaterintendant Baron von Speidel soll, wie man aus München meldet, dem Memorandum, welches dem Prinzregenten zur Bestätigung der 25 000 Mk. Abfindungssumme für Hermann Wahr überreicht wurde, sein Entlassungsgesuch beigelegt haben. Endlich ein bayerischer Intendant, der sich nicht von der Zentrumsklique imponieren läßt.“ — Die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ haben hier wieder einmal ihre so oft angepriesene „Unparteilichkeit“, die man in jeder Nummer, und besonders beim Quartalswechsel, finden kann, zum Besten gegeben. Im übrigen ist ihr Urteil über die Angelegenheit vollständig falsch. Wenn Herr von Speidel wirklich geben will, so tut er es wohl nur aus dem Grunde, weil er einsieht, was für einen Kapitalen Vork er mit der Berufung Wahrs zum Dramaturgen geschossen hat. Die

Es muß unbedingt nicht weitergehen, der Frage der Dauer die soziale Welt...

„Zentrumsklasse“, von der die „Dresdner Neuesten Nachrichten“...

Central-Theater. Die heutige (Dienstag) Vorstellung findet zum Benefiz für den beliebten Kapellmeister...

Befehlungen auf Plätze nimmt auch die Königl. Sächs. Hofkapelle...

MAGGI'S 10 Pf. = Fläschchen. bietet auch der bescheidensten Börse Gelegenheit, einen Versuch mit MAGGI'S altbewährter Würze zu machen...

Nach kurzem, aber schwerem Krankenlager verschied gestern morgen, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, der Generalagent Herr August Anton Watzel.

Dor liebe Gott erlöste unseren guten Vater, den Privatier Franz Schnelle nach langem schweren Leiden...

Joh. Gojowy Dresden, Reinhard-Strasse 7, 11. empfiehlt sich zur Anfertigung hocheleganter Herrengarderobe...

Neu-Vergoldungen alter Rahmen etc. etc. Gemälde-Reparaturen — Bilder-Einrahmungen...

Adalbert Kozlecki Töpfer u. Dfenseher. Ausführung v. Bauten u. Privatarbeiten.

Karl Schoen Schneiderartikel. Fernsprecher: No. 4460. Dresden-A. Gr. Zwinger-Str. 3.

Möbel-Magazin von Josef Rother Tischlermeister Dresden, 4 Mag.-Strasse 4...

Vereine Musikklub des kath. Gesellenvereins zu Dresden. Mittwoch, den 14. Februar 1906 im großen Saale des kath. Gesellenhauses...

Allen Verehrern d. hl. Joseph empfehlen wir Der heilige Joseph. Andachtsübungen und Gebete zu Ehren des hl. Joseph...

Bettfedern ff. weisse Daunen großflächig & wid. 6,00 emp. l. Staubfreier pr. Qualität R. Rämisch, Dresden Wettinerstrasse 6.

Werter Herr! Ihre Kinto-Salbe ist eine Wunderkur. Seit 1 1/2 Jahren litt ich an einer unheilbaren Gicht...

Rote Nasen, Warzen werden nur durch Elektrizität sicher entfernt. Keine Kratzen, Schmerzlos.

Frau L. Knieling Dresden, Büttcherstr. 27, per Westlich geprüfte 223

Massense empf. sich Damen u. Herrn, auch f. Prof. Dresden, Giesbühlerstr. 23, 1.

Möhl. Zimmer eventuell mit Benken, Österreich. Rüche, sofort zu vermieten. Dresden, Silbermannstr. 22, 2.

Vorträge der Gehefistung. Sonnabend, den 17. Febr., abends pünktlich 8 Uhr im großen Saal des Vereinshauses...

Bäckerei Hermann Stohn Dresden, Grünestraße 19 empfiehlt täglich verschiedene Sorten frischen Kaffeebrot...

Trierischer Winzer-Verein Akt.-Ges. Trier a. M. Vereinigung von Winzern und Winzer-Genossenschaften zum Vertrieb naturreiner Weine.

Rosenkränze, große Auswahl, das Duzend von 1 Mark an. Heinrich Trümper Dresden-A., Schillerstrasse 3...

Musikalien aller Art, Neuheiten in Salon-, Tanz- und Lieder-Alben, Humoristika etc. empfiehlt Heinrich Posselt, Dresden-A., Rosenthalstr. 3...

Bruchbandagen, Leibbinden, Suspensorien, Spülkannen, Clysopompen, Mutter- und Klysterspritzen...

Richard Münnich Dresden-N., Hauptstr. 11. Damen steht meine Frau zu Diensten.

Bei Vernehmung der angeforderten Firmen wolle man sich auf die „Sächs. Volkszeitung“ beziehen.

Verl: Geyon-Verlagsdruckerei, Verlag des katholischen Arbeitervereins, Dresden, Pillnitzerstr. 48. — Verantwortlicher Redakteur: Philipp Kauer in Dresden.